



Sebastian Jobelius, Lennart Schulze, Konstantin Vössing

Ergänzender Anhang zum Bericht:

Wie sagt die Sozialdemokratie, was sie will?

Gruppen und Werte in der politischen
Kommunikation

FES diskurs

November 2022

Die Friedrich-Ebert-Stiftung

Die Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) wurde 1925 gegründet und ist die traditionsreichste politische Stiftung Deutschlands. Dem Vermächtnis ihres Namensgebers ist sie bis heute verpflichtet und setzt sich für die Grundwerte der Sozialen Demokratie ein: Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Ideell ist sie der Sozialdemokratie und den freien Gewerkschaften verbunden.

Die FES fördert die Soziale Demokratie vor allem durch:

- politische Bildungsarbeit zur Stärkung der Zivilgesellschaft;
- Politikberatung;
- internationale Zusammenarbeit mit Auslandsbüros in über 100 Ländern;
- Begabtenförderung;
- das kollektive Gedächtnis der Sozialen Demokratie mit u. a. Archiv und Bibliothek.

Die Abteilung Analyse, Planung und Beratung der Friedrich-Ebert-Stiftung

Die Abteilung Analyse, Planung und Beratung der Friedrich-Ebert-Stiftung versteht sich als Zukunftsradar und Ideenschmiede der Sozialen Demokratie. Sie verknüpft Analyse und Diskussion. Die Abteilung bringt Expertise aus Wissenschaft, Zivilgesellschaft, Wirtschaft, Verwaltung und Politik zusammen. Ihr Ziel ist es, politische und gewerkschaftliche Entscheidungsträger_innen zu aktuellen und zukünftigen Herausforderungen zu beraten und progressive Impulse in die gesellschaftspolitische Debatte einzubringen.

FES diskurs

FES diskurse sind umfangreiche Analysen zu gesellschaftspolitischen Fragestellungen. Auf Grundlage von empirischen Erkenntnissen sprechen sie wissenschaftlich fundierte Handlungsempfehlungen für die Politik aus.

Über die Autoren

Sebastian Jobelius leitet die Gruppe Politische Planung und Innovation im Bundeskanzleramt. Zuvor war er unter anderem Büroleiter von Andrea Nahles und persönlicher Referent von Olaf Scholz.

Lennart Schulze ist Forscher am Europäischen Hochschulinstitut in Florenz. Er beschäftigt sich mit politischen Werten und Einstellungen, atypischer Arbeit und Outsourcing.

Konstantin Vössing ist Professor für Vergleichende Politikwissenschaft (Senior Lecturer in Comparative Politics) an der City University of London. Er beschäftigt sich mit politischen Parteien, öffentlicher Meinung und politischer Führung.

Für diese Publikation ist in der FES verantwortlich

Nicole Loew, Arbeitsbereich empirische Sozialforschung und Trends, Abteilung Analyse, Planung und Beratung.

Ergänzender Anhang zum Bericht:

Wie sagt die Sozialdemokratie, was sie will?

Gruppen und Werte in der politischen Kommunikation

- 2 **1 ENTWICKLUNG DER WAHLERGEBNISSE**
- 2 Entwicklung der Wahlergebnisse sozialdemokratischer Parteien in ausgewählten Ländern Europas
- 4 **2 EIGHT NATION STUDY UND EUROPEAN SOCIAL SURVEY**
- 4 In der Umfrageanalyse verwendete Datensätze: Eight Nation Study und European Social Survey
- 5 **3 OPERATIONALISIERUNG DER WERTEDIMENSIONEN**
- 5 Operationalisierung der Wertedimensionen in den für die Umfrageanalyse verwendeten Datensätzen
- 6 **4 NUTZUNG DES ITEMS ZU UMVERTEILUNG**
- 6 Diskussion zur Nutzung des Umfrage-Items bezüglich der wahrgenommenen Wichtigkeit von Umverteilung
- 7 **5 ANALYSE POLITISCHER BEGRÜNDUNGEN**
- 7 Analyse politischer Begründungen (Explanation Analysis) – Theorie und Beispiele
- 8 **6 FÜR DIE TEXTANALYSE VERWENDETE DATENSÄTZE**
- 9 **7 METHODISCHE ERLÄUTERUNGEN ZUR TEXTANALYSE UND ZUM VORGEHEN**
- 9 7.1 Identifikation politischer Forderungen und ihrer Begründungen
- 9 7.2 Analyse der Politikbegründungen mit Dictionaries
- 11 Literatur

ENTWICKLUNG DER WAHLERGEBNISSE

ENTWICKLUNG DER WAHLERGEBNISSE SOZIALDEMOKRATISCHER PARTEIEN IN AUSGEWÄHLTEN LÄNDERN EUROPAS

Sozialdemokratische Parteien in Europa konnten insbesondere zwischen 1970 und 1990 Wahlerfolge erzielen und die Regierungsarbeit gestalten (Benedetto, Hix & Mastroiocco 2020). Allerdings ist die Hochzeit sozialdemokratischer Erfolge spätestens seit Anfang der 2000er Jahre vorbei.

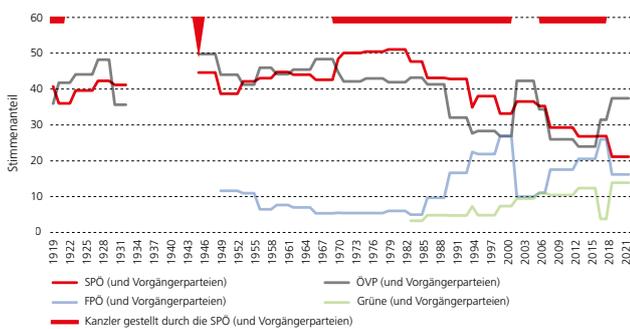
Diese Entwicklung betrifft Deutschland und Europa und lässt sich auch im Detail in unterschiedlichen Ländern

Europas nachvollziehen (siehe Haupttext). Weitere Länder zeigen diese Entwicklung ebenfalls: In den hier beispielhaft hervorgehobenen Ländern Österreich, Schweden, Schweiz, Frankreich und Vereinigtes Königreich hat der Stimmenanteil, den sozialdemokratische Parteien bei nationalen Parlamentswahlen erzielen, seit einer Hochphase von ca. 1965 bis 1985 stetig abgenommen (siehe Abbildung 1). Einige Länder verzeichnen geringere Verluste (Vereinigtes Königreich), andere besonders dramatische (Frankreich), aber die Tendenz ist überall gleich.

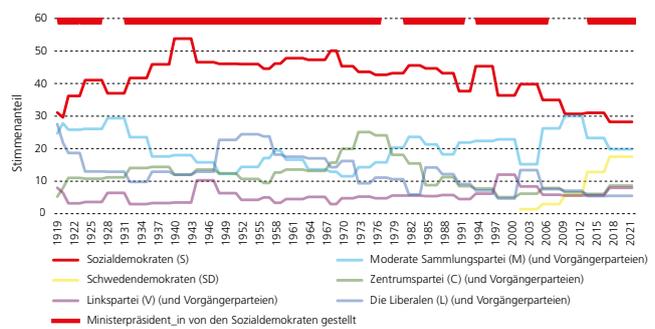
ABB. 1

Ergebnisse der nationalen Parlamentswahlen in ausgewählten europäischen Ländern

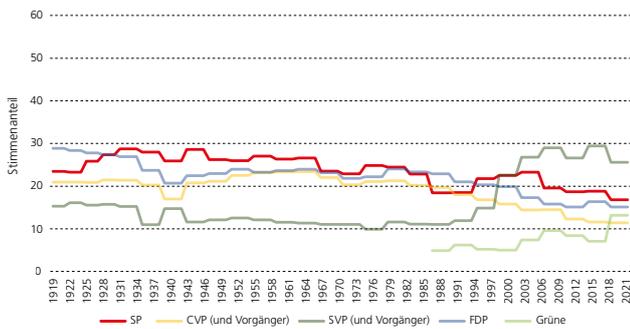
Österreich 1919–2021



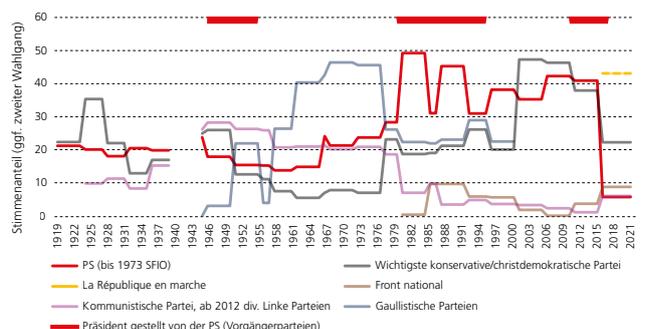
Schweden 1919–2021



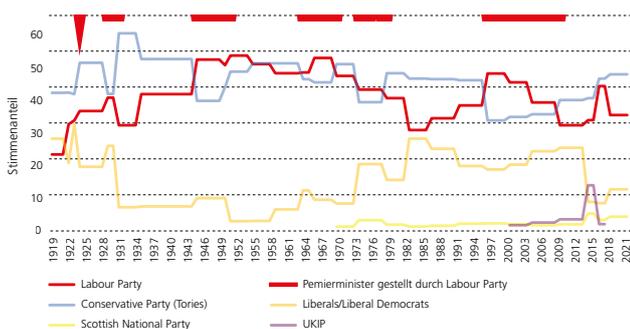
Schweiz 1919–2021



Frankreich 1919–2021



Vereinigtes Königreich 1919–2021



QUELLEN UND ERLÄUTERUNGEN:

HAUPTTEXT, ABBILDUNG 1:

Deutschland: Die Grafik zeigt den (Zweit-)Stimmenanteil ausgewählter Parteien bei Reichs- bzw. Bundestagswahlen seit 1919 (Quelle: ab 1949 Bundeswahlleiter; 1919–1933: Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1934: 539).

Übersicht über mehrere ausgewählte Länder:

Durchschnittliche Wahlergebnisse sozialdemokratischer Parteien in Europa seit 1919 in sechs ausgewählten Ländern (DE, FR, UK, CH, AT, SE) (Quellen: Daten der jeweiligen nationalen Statistikbehörden; Durchschnittsdaten für Europa: Benedetto, Hix & Mastrococco 2020).

ANHANG, ABBILDUNG 1:

Österreich: Die Grafik zeigt den Anteil ausgewählter Parteien an den Wählerstimmen für den österreichischen Nationalrat von 1919 bis heute (Quelle: Nationalratswahlen, Bundesministerium für Inneres, Österreich).

Schweiz: Die Grafik zeigt den Anteil ausgewählter Parteien an den Wählerstimmen für den Schweizer Nationalrat von 1919 bis heute. Die Regierung der Schweiz wird durch den siebenköpfigen Bundesrat gebildet, der Vertreter_innen möglichst vieler, im Normalfall der vier größten im Parlament vertretenen Parteien einbeziehen soll („Konkordanz“, Quelle: Nationalratswahlen, Schweizer Bundesamt für Statistik).

Frankreich: Die Grafik zeigt den Stimmenanteil ausgewählter Parteien in nationalen Parlamentswahlen seit 1919. Wenn Wahlen in mehreren Wahlgängen abgehalten wurden, wird der Stimmenanteil des zweiten Wahlgangs angegeben. Da die konservativen Parteien in Frankreich erst seit 2002 in der UMP bzw. den Republikanern vereint sind, wird vorher jeweils das Ergebnis der einflussreicheren konservativen oder christdemokratischen Partei angegeben. Bei mehreren Wahlen in einem Jahr wird das Ergebnis der späteren Wahl angegeben. Darüber hinaus werden die Ergebnisse gaullistischer Parteien angegeben, die gemeinsam mit den konservativen/christdemokratischen Parteien häufig rechte Regierungsmehrheiten bildeten. Wenn mit vereinten Listen angetreten wurde, werden die Stimmenanteile jeweils zu gleichen Teilen den Einzelparteien zugeschrieben (Quellen: bis 1936: france-politique.fr; INSEE [nationale Statistikbehörde Frankreichs]).

Vereinigtes Königreich: Die Grafik zeigt den Anteil der insgesamt auf die ausgewählten Parteien entfallenden Stimmen bei den Unterhauswahlen von 1919 bis heute. Die Wahlkreise im Vereinigten Königreich werden jedoch jeweils durch eine Mehrheitswahl entschieden, sodass der Stimmenanteil nicht proportional in Parlamentssitze umgerechnet werden kann (Quelle: UK Elections Statistics, bereitgestellt durch House of Commons Library).

Schweden: Die Grafik zeigt den Anteil ausgewählter Parteien an den Wählerstimmen für den schwedischen Riksdag von 1919 bis heute (Quelle: General Elections, Results, Statistics Sweden).

EIGHT NATION STUDY UND EUROPEAN SOCIAL SURVEY

IN DER UMFRAGEANALYSE VERWENDETE DATENSÄTZE: EIGHT NATION STUDY UND EUROPEAN SOCIAL SURVEY

Die sozialwissenschaftliche Forschung hat den Einfluss von Sozialstruktur und Wertemustern auf das Wahlverhalten untersucht. Im vorliegenden Projekt werden Umfragedaten genutzt, um diese vorherige Forschung teilweise zu replizieren und teilweise weiterzuführen. Die hier ausgewählten Datensätze orientieren sich an den Arbeiten von Rennwald (2020) und Knutsen (2018). Zum einen ermöglicht dies, sich direkt auf diese Studien zu beziehen und einen Vergleich mindestens zweier Zeitpunkte (1974/75 und 2018/19) herzustellen. Der Zeitpunkt um 1974/75 ist dabei besonders geeignet, da hier die Situation in der Hochzeit der deutschen Nachkriegssozialdemokratie erfasst wird. Bei der Eight Nation Study (Allerbeck et al. 1976) handelt es sich um einen der frühesten verfügbaren Datensätze, in dem umfassende politische, aber auch grundlegendere Wertedimensionen abgefragt worden sind. Der Erhebungszeitraum der deutschen Daten erstreckte sich über die Jahre 1974 und 1975. Der European Social Survey (ESS) ist eine der größten Umfragen zu politischen, gesellschaftlichen und sonstigen Fragestellungen in Europa

und bietet damit für den Vergleich mit der Eight Nation Study entsprechende Grundlagen. Für die Analysen wurden daher Daten aus der Eight Nation Study und dem ESS (Welle 9, Datenerhebung 2018/19) herangezogen. Welle 9 des European Social Survey ist gut geeignet, um die zeitgenössische politische Situation ohne den Einfluss der Covid-19-Pandemie zu untersuchen.

Ein weiterer Vorteil der genannten Datensätze ist ihre Internationalität, die es ermöglichen würde, die Analyse auf weitere Länder auszudehnen (insbesondere das Vereinigte Königreich sowie die deutschsprachigen Länder Österreich und Schweiz). Diese Länder könnten auch für eine Erweiterung der Textanalyse (Abschnitt 3) gut genutzt werden, da sich die dortigen Analysen leichter auf deutsch- und englischsprachiges Material erweitern ließen, als dies in anderen Sprachen der Fall wäre.

Bei der Operationalisierung sozialer Klassen folgen die Analysen methodisch den Analysen von Rennwald (2020) und greifen auf das von Oesch (2006) vorgestellte, auf acht „Klassen“ reduzierte Schema zurück. Diese acht Klassen lassen sich in den ausgewählten Datensätzen mithilfe der von Oesch (2022) bereitgestellten Tabellen und Stata-Skripte aus den erfassten ISCO-Codes ableiten.

3

OPERATIONALISIERUNG DER WERTEDIMENSIONEN

OPERATIONALISIERUNG DER WERTEDIMENSIONEN IN DEN FÜR DIE UMFRAGEANALYSE VERWENDETEN DATENSÄTZEN

Für die Analysen werden die oben beschriebenen Datensätze verwendet. Für die Analysen wurden gezielt jene Items herangezogen, die einen theoretischen Bezug zu den Moral Foundations haben und hierbei insbesondere zu den Wertemustern progressiver Wähler_innen, die für die SPD relevant sein

könnten. Konkret orientieren wir uns dabei an den oben genannten Vorarbeiten zu Wertemustern von progressiven und konservativen Wähler_innen in den USA und fokussieren die Analyse daher auf die Moral Foundations „Care“ und „Fairness“. Da die Fragen in der Eight Nation Study (1974/75) und dem ESS (2018/19) nicht dieselben sind, wurde versucht, grob einander entsprechende Items auszuwählen. Die folgende Tabelle 1 fasst die Auswahl der Items und ihren Bezug zu den Moral Foundations zusammen.

TAB. 1

Werte-dimension(en)	1974/75 (Eight Nation Study)	2018/19 (ESS)	Begründung
Fairness	Wichtigstes Ziel der Regierung sollte es sein, den Leuten mehr Mitsprache zu ermöglichen		Chancengleichheit und die Möglichkeit, politische Mitsprache in Anspruch zu nehmen, als Teil von Fairness
	Teilnahme an legal angemeldeten Demonstrationen	Befragte haben politisch partizipiert durch Teilnahme an Demonstration oder Petitionen	
	Wichtigstes Ziel der Regierung sollte die Sicherung des Rechts auf freie Meinungsäußerung sein		Chancengleichheit und Gerechtigkeit als Teil von Fairness (auch für diejenigen, die nicht Mitglieder der Mehrheitsgesellschaft sind)
	Gleiche Rechte für Gastarbeiter_innen sind sehr wichtig	Deutschland sollte zur Aufnahme sehr vieler Migrant_innen auch aus entfernten Ländern bereit sein	
	Es ist sehr wichtig, dass die Regierung Gleichberechtigung von Frauen und Männern garantiert	Es ist sehr wichtig, dass alle Menschen egal wo die gleichen Chancen haben	
	Gleichberechtigung von Homosexuellen ist sehr wichtig		
Care & Fairness	Umverteilung durch die Regierung ist sehr wichtig	Umverteilung durch die Regierung ist sehr wichtig	Sorge für weniger Wohlhabende/Fairness der Ressourcenverteilung
Care	Wichtigstes Ziel der Regierung sollte der Kampf gegen hohe Preise sein	Starke Zustimmung, dass eine faire Gesellschaft sich um Arme kümmert	Sorge für weniger Wohlhabende/Arme/Notleidende
Authority	Es ist sehr wichtig, dass der Staat Sicherheit garantiert	Eine sichere Umgebung ist sehr wichtig	Respekt von Ordnung und öffentlicher Sicherheit sind Teil der Dimension „Authority“
	Wichtigstes Ziel der Regierung sollte die Sicherung der öffentlichen Ordnung sein		

Ausgewählte Fragen aus den genannten Umfragen, Lesehinweis: „Umverteilung durch die Regierung ist sehr wichtig“ bedeutet, dass in der Analyse hier diejenigen Teilnehmer_innen berücksichtigt werden, die beispielsweise auf die Frage: „Wie wichtig ist Umverteilung durch die Regierung?“ mit „Sehr wichtig“ geantwortet haben. Analog sind die anderen genannten Statements zu verstehen.

4 NUTZUNG DES ITEMS ZU UMVERTEILUNG

DISKUSSION ZUR NUTZUNG DES UMFRA-GE-ITEMS BEZÜGLICH DER WAHRGENOM- MENEN WICHTIGKEIT VON UMVERTEI- LUNG

Wir verwenden die Frage zur wahrgenommenen Relevanz von Umverteilung durch die Regierung, um die Werte aus den Dimensionen „Care“ und „Fairness“ der Moral Foundations zu messen (siehe Abschnitt 3). Diese Frage könnte gegebenenfalls auch als Zustimmung zu einer Politik verstanden werden, die sich an sozialen Gruppen orientiert (denen, die Umverteilung benötigen). Wir argumentieren jedoch, dass sich in der Realität Umverteilungspräferenzen nicht vollständig durch die materielle Lage eines Individuums erklären lassen und stattdessen (auch) auf Werten beruhen (Trump 2017, 2020). Darüber hinaus argumentieren wir, dass die relative Relevanz der Werte gegenüber der materiellen Lage über die Zeit zugenommen hat (Knutsen 2018). In der folgenden Tabelle wird dies deutlich: Hier

sind die acht Oesch-Klassen abgebildet, wobei jeweils die Klassen mit der gleichen Arbeitslogik (freie Logik, organisational-administrative Logik, interpersonelle Logik und technische Logik) direkt hintereinander dargestellt werden. Für jede der Klassen ist der Prozentsatz der Befragten abgebildet, die der Aussage, Umverteilung durch die Regierung sei sehr wichtig, zustimmen, einmal zum Zeitpunkt 1974/75 und einmal zum Zeitpunkt 2018/19. Deutlich wird, dass vom ersten bis zum zweiten Zeitpunkt die Zahl der (vom Einkommen her eher niedrigen Klassen der) Bürokräfte, Facharbeiter_innen und Dienstleistenden, die der Aussage zustimmen, zurückgegangen ist, während die Zahl der (vom Einkommen her eher hohen Klassen der) Manager_innen, die der Aussage zustimmen, sich erhöht hat. Dies deutet darauf hin, dass 2018/19 der sozioökonomische Status (Einkommen) gegenüber Werten an Relevanz dafür abgenommen hat, ob Umverteilung durch die Regierung als sehr wichtig angesehen wird.

TAB. 2

Oesch-Klassen	Zustimmung: Umverteilung durch die Regierung ist sehr wichtig	
	Zustimmung 1974/75	Zustimmung 2018/19
Freie Berufe	~19 % (kleine Fallzahlen)	~17 %
Kleingewerbetreibende	~24 %	~25 %
Manager_innen	~21 %	~24 %
Bürokräfte	~29 %	~23 %
Soziokulturelle Expert_innen	~31 % (kleine Fallzahlen)	~31 %
Dienstleistende	~31 %	~29 %
Technische Expert_innen	~20 % (kleine Fallzahlen)	~22 %
(Fach-)Arbeiter_innen	~34 %	~23 %

Zustimmung zur Aussage „Umverteilung durch die Regierung ist sehr wichtig“, verteilt über die Oesch-Klassen sowie die zwei Zeitpunkte 1974/75 und 2018/19. Quellen: eigene Berechnungen auf Basis der Eight Nation Study und des ESS.

ANALYSE POLITISCHER BEGRÜNDUNGEN

ANALYSE POLITISCHER BEGRÜNDUNGEN (EXPLANATION ANALYSIS) – THEORIE UND BEISPIELE

POLITIKBEGRÜNDUNGEN: THEORIE

Eine Politikbegründung ist ein sogenannter Connection Claim („Diese Maßnahme ist wünschenswert, weil sie diesem erstrebenswerten Ziel dient“), der durch die Verbindung zweier Component Claims entsteht („Diese Maßnahme ist wünschenswert“, „Dieses Ziel ist erstrebenswert“). Um die relative Bedeutung von Gruppen und Werten zu beschreiben, untersuchen wir in unserer Analyse, wie sehr Parteien das Verwirklichen von Werten bzw. das Verfolgen von Gruppeninteressen jeweils als erstrebenswerte Ziele nennen, um ihre politischen Maßnahmen zu begründen.

Die Funktionsweise von Politikbegründungen und ihren Bestandteilen lässt sich anhand des Wahlprogramms der SPD für die Bundestagswahl 2021 illustrieren (S. 37):

„Arbeit bedeutet auch die Sicherung der Existenz. Das ist ein grundlegendes Bedürfnis. Für sich selbst und die Familie. Diese Sicherheit gibt es nur, wenn man auch langfristig planen kann: Eine gute Wohnung finden, die Miete bezahlen, den Kindern eine gute Ausbildung ermöglichen, den Lebensstandard im Alter sichern.“

*Daher setzen wir uns für gerechte Löhne ein. Wir werden die Möglichkeit vereinfachen, Tarifverträge für allgemein verbindlich zu erklären, damit sie für alle Beschäftigten und Arbeitgeber*innen in einer Branche gelten.“*

Diese Absätze enthalten mehrere Component Claims: „Arbeit bedeutet auch die Sicherung der Existenz“ ist ein Component Claim, der eine Ansicht über die Rolle von Arbeit darstellt. „Wir werden die Möglichkeit vereinfachen, Tarifverträge für allgemein verbindlich zu erklären“ ist ein Component Claim, der eine politische Maßnahme fordert. Connection Claims verbinden diese „Atome“ politischer Information zu „Molekülen“. Diese Verbindung kann durch konkrete grammatische Indikatoren („Daher“, siehe oben) oder implizite Bezüge hergestellt werden. Aus diesem Grund unterscheiden wir in der Analyse von Connection Claims zwischen begründenden Component Claims (Explanantia) und begründeten Component Claims (Explananda). Im oben genannten Beispiel ist etwa die Aussage „Wir werden die Möglichkeit vereinfachen, Tarifverträge für allgemeingültig zu erklären“ ein zu begründender Component Claim, der die Forderung nach einer bestimmten politischen Maßnahme („policy“) beinhaltet.

Begründungen („justifications“) unterscheiden sich grundsätzlich von Entschuldigungen („excuses“). Im Fall von Entschuldigungen wird das Explanandum über Umstände entschuldigt (zum Beispiel die Notwendigkeit von Sparmaßnahmen mit der Globalisierung begründet) und die begründete Maßnahme erscheint so als deutlich weniger erstrebenswert.

IDENTIFIKATION POLITISCHER FORDERUNGEN (EXPLANANDA)

Vor diesem theoretischen Hintergrund wird mit automatisierten Methoden ausgewählte politische Kommunikation ausgewertet. In einem ersten Schritt müssen zunächst die Connection Claims identifiziert werden, also politische Forderungen, die mit einer Begründung versehen sind. Diese Begründungen werden dann mittels automatisierter Textanalyse ausgewertet. Die „klassische“ Herangehensweise besteht hierbei in Methoden, die auf der Zählung von Wörtern beruhen. So können Werte und Gruppenansprachen gezählt werden, um das relative Vorkommen zu vergleichen. Die zu zählenden Wörter werden hierbei in sogenannten Dictionaries definiert.

Das Prädikat muss für unsere automatische Identifizierung höchstens zwei Wörter vor oder nach dem Subjekt stehen. So können beispielsweise die folgenden Sätze automatisch mithilfe der *Keyword-in-context*-Funktion von Quanteda (Benoit et al. 2018) als politische Forderung identifiziert werden:

1. *Wir wollen* den Kohleausstieg.
2. *Daher wollen wir* den Kohleausstieg.

Auch Negationen sowie Konstruktionen, bei denen diese Elemente nicht direkt nebeneinanderstehen, können so erfasst werden:

3. *Was wir nicht wollen*, ist der Kohleausstieg.
4. *Wir Sozialdemokrat_innen wollen* den Kohleausstieg.

IDENTIFIKATION VON POLITIKBEGRÜNDUNGEN (CONNECTION CLAIMS)

Wir gehen aufgrund von Erkenntnissen der Sprachwissenschaft davon aus, dass Leser_innen und Zuhörer_innen kognitiv den Inhalt der zwei Sätze vor und nach einer Forderung mit dieser verbinden. In gesprochener Sprache können etwa drei bis vier Sätze zumindest teilweise aus dem verbalen Kurzzeitgedächtnis wieder abgerufen werden (Gilchrist, Cowan & Naveh-Benjamin 2008). In geschriebener Sprache zeigen Experimente mit dem Reading Span Test (RTS), dass Versuchsteilnehmer_innen das Äquivalent von etwa drei Sätzen eines Wahlprogramms zumindest teilweise wiedergeben können (van den Noort et al. 2008).¹

¹ In einer standardisierten und aktualisierten Version des RTS konnten Versuchsteilnehmer_innen ca. 60 % der letzten Wörter von Zusammenstellungen von jeweils zwei bis sechs Sätzen wiedergeben. Die letzten Wörter werden hierbei als Messung für das Kurzzeitgedächtnis geschriebener Texte verwendet. In Bezug auf die in Wahlprogrammen verwendete Sprache, die sich durch längere Sätze, als in den Tests verwendet werden, auszeichnet, schätzen wir, dass sich dies in den oben genannten maximal ca. drei erinnerten Sätzen widerspiegelt (van den Noort et al. 2008).

6 FÜR DIE TEXTANALYSE VERWENDETE DATENSÄTZE

Wir haben die Politikbegründungen in den Wahlprogrammen aller im Bundestag momentan vertretenen Parteien untersucht (für die Union haben wir uns auf das Wahlprogramm der CDU konzentriert). Dabei wurden historische Wahlprogramme soweit vorhanden ab der ersten Bundestagswahl 1949 herangezogen (vgl. Tabelle 3 im Haupttext). Als Quelle dient für alle Datensätze (mit Ausnahme der AfD) bis 2013 der Datensatz des Projekts „Comparative Policy Agenda“ (Breunig, Guinaudeau & Schnatterer 2021; Guinaudeau 2015). In diesem Datensatz wurde jeder Satz aller Wahlprogramme der unten aufgeführten Parteien jeweils einem von 22 Policy-Themen zugeordnet (Bevan 2019). Diese Daten ermöglichen für die Daten bis 2013 auch die Auswertung nach Themengebieten getrennt. Da dieses Projekt 2013 für Deutschland nicht fortgeführt wurde, wurden ab 2017 (AfD: 2013–2021) die vom Manifesto Project bereitgestellten maschinenlesbaren Wahlprogramme genutzt (Burst et al. 2021). Da letzteres Projekt nicht nach Sätzen, sondern sogenannten Quasisätzen codiert, wurden die Daten mittels des Quanteda-Pakets R (Benoit et al. 2018) automatisiert in einzelne Sätze überführt.

METHODISCHE ERLÄUTERUNGEN ZUR TEXTANALYSE UND ZUM VORGEHEN

7.1 IDENTIFIKATION POLITISCHER FORDERUNGEN UND IHRER BEGRÜNDUNGEN

In den gesammelten Wahlprogrammen der Parteien identifizieren wir automatisiert Connection Claims, in denen eine politische Forderung begründet wird (also Politikbegründungen). Um diese schnell, zuverlässig und für große Datenmengen auswerten zu können, identifizieren wir zuerst automatisiert Sätze, die politische Forderungen enthalten. Dann bilden wir mit diesen und den umliegenden zwei Sätzen vor und nach der politischen Forderung Textblöcke, die als Einheit für die Analysen dienen.

Für die automatisierte Identifizierung politischer Forderungen nutzen wir die Tatsache, dass politische Forderungen in Wahlprogrammen recht standardisiert formuliert werden (Toulmin 2003; Vössing 2020: 4). Konkret definieren wir, dass politische Forderungen in Wahlprogrammen politischer Parteien in Deutschland alle Sätze sind, die erstens eine_n Akteur_in enthalten, der oder die für die Partei, die Regierung oder den von der Partei geführten Staatsapparat nach gewonnener Wahl steht („Wir“, „SPD“ bzw. andere Parteienamen, „Regierung“, „Deutschland“, „Staat“). Zweitens müssen diese Sätze in der Nähe des Subjekts auch eine Verbform (Prädikat) enthalten, die eine Forderung oder einen Plan ausdrückt („wollen“, „müssen“, „werden“, „sorgen“, „fordern“, „verlangen“, „streben“, „wünschen“, „planen“).

Mithilfe dieser Methode haben wir in den 20.802 Sätzen aller Wahlprogramme der SPD insgesamt 3.834 politische Forderungen identifiziert. Über die vergangenen Jahrzehnte hinweg hat sich dabei der Anteil von Forderungen an den Programmen deutlich erhöht. In der Zeit von 1969 bis 1983 wurden 7 % der Sätze als Forderung identifiziert; von 1998 bis heute waren es 25 %. Eine Validierung unserer Methode erfolgte durch die händische Prüfung von 250 zufällig ausgewählten Sätzen, die von der automatischen Analyse als Forderung identifiziert worden waren. Von diesen 250 Sätzen wurden 240 auch in der händischen Prüfung als politische Forderungen anerkannt. Daher gehen wir davon aus, dass unsere automatisierte Methode verlässlich politische Forderungen identifiziert.

In einem nächsten Schritt werden im Anschluss (näherungsweise) die Connection Claims, die mit den identifizierten Forderungen gebildet wurden, als Einheit für die

spätere Analyse erstellt. Wie oben beschrieben enthalten Politikbegründungen (als ein bestimmter Connection Claim) eine politische Forderung sowie eine Begründung. In der anschließenden Analyse gehen wir auf der Basis sprachwissenschaftlicher Forschung davon aus, dass die Begründung in den zwei Sätzen zu finden ist, die vor oder nach dem Satz stehen, der die identifizierte Forderung enthält (siehe Abschnitt 5 für mehr Informationen). Insofern werden jeweils fünf Sätze als Politikbegründung für die spätere Analyse definiert.²

7.2 ANALYSE DER POLITIKBEGRÜNDUNGEN MIT DICTIONARIES

Nach der Identifizierung von Politikbegründungen können diese mit sogenannten Dictionaries analysiert werden. Dictionaries sind Listen von Suchbegriffen, die als charakteristisch für bestimmte Themen definiert sind (zum Beispiel „moral“ für wertebasierte Sprache). Die Häufigkeit der Nutzung dieser Suchbegriffe wird dann automatisch gezählt. Für unsere Analyse haben wir Dictionaries entwickelt, mit denen sowohl gruppen- als auch wertebasierte Begründungen für politische Forderungen in den Connection Claims identifiziert werden können.

Für die Analyse grundlegender Werte auf der Grundlage des Konzepts der Moral Foundations steht für die englische Sprache bereits ein erprobtes Dictionary zur Verfügung³. In diesem Projekt nutzen wir das weiterentwickelte, englischsprachige „Moral Foundations Dictionary 2.0“ (Frimer et al. 2017; Hopp et al. 2021). Im deutschen Sprachraum finden sich nur sehr wenige und sehr spezifische Anwendungen dieses Dictionary, beispielsweise zur Analyse der Tweets österreichischer Politiker_innen (Reiter-Haas, Kopeinik & Lex 2021). Wir haben deswegen eine eigene Übersetzung des Dictionary ins Deutsche vorgenommen und die resultierenden Wortlisten händisch von mehreren Codierer_innen validieren lassen. Dieses Vorgehen hat sich für die Nutzung von Dictionaries als valide und verlässlich erwiesen (vgl. zum Beispiel Proksch et al. 2019).

Schließlich haben wir ein Dictionary zur Identifizierung gruppenbasierter Begründungen erstellt. Auf der

² Andere Methoden zur Identifikation von Connection Claims aus Forderungen und Begründungen sind möglich. Beispielsweise könnten jeweils nur die Sätze vor und nach der Forderung aufgenommen oder ganze Absätze verwendet werden. Wir haben diese Alternativen für die SPD getestet. Die Auswertung produziert inhaltlich die gleichen Ergebnisse wie die hier im Text beschriebene Methode.

³ Siehe <https://moralfoundations.org/other-materials/> (zuletzt abgerufen: 22.07.2022).

Grundlage vorheriger Forschung zur Ansprache gesellschaftlicher und ökonomischer Gruppen in (sozialdemokratischer) politischer Kommunikation (Thau 2018, 2019) und von Einschätzungen des Projektteams zum politischen Kontext in Deutschland (zum Beispiel wurde der Begriff der „Vertriebenen“ eingefügt) wurden die wichtigsten Gruppen in ein Dictionary mit insgesamt 69 Suchbegriffen überführt. Diese Suchbegriffe decken für diese Gruppen jeweils Adjektive und Substantive ab – beispielsweise

„Christ*“ und „christlich*“. Das Sternchen steht dabei für eine sogenannte Wildcard und erlaubt der Software, grammatische Endungen, wie beispielsweise „en“ in „Christen“, aus den Suchbegriffen selbstständig abzuleiten. Auf diese Weise können wir die Häufigkeit und den Inhalt gruppen- und wertebasierter Begründungen für politische Forderungen in den (vorher durch maschinelles Lernen identifizierten) Politikbegründungen untersuchen.

8

LITERATUR

- Allerbeck, K. R., Kaase, M., Klingemann, H.-D., Rosenmayer, L., Eder, A., Findl, I., . . . & Sidjanski, D. (1976):** Political Action I (An Eight Nation Study). In: GESIS Datenarchiv, Köln. ZA0765 Datenfile Version 1.0.0, <https://doi.org/10.4232/1.0765>.
- Benedetto, G., Hix, S., & Mastrorocco, N. (2020):** The Rise and Fall of Social Democracy, 1918–2017. *American Political Science Review*, 114(3), 929–939.
- Benoit, K., Watanabe, K., Want, H., Nulty, P., Obeng, A., Müller, S., & Matsuo, A. (2018):** Quanteda: An R Package for the quantitative analysis of textual data. *Journal of Open Source Software*, 3(30), 774.
- Bevan, S. (2019):** Gone Fishing – The Creation of the Comparative Agendas Project Master Codebook. In: F. R. Baumgartner, C. Breunig & E. Grossman (Hrsg.), *Comparative Policy Agendas: Theory, Tools, Data* (S. 17–34). Oxford: Oxford University Press.
- Breunig, C., Guinaudeau, B., & Schnatterer, T. (2021):** Policy agendas in Germany – database and descriptive insights. *The Journal of Legislative Studies*. doi:10.1080/13572334.2021.2010395.
- Burst, T., Krause, W., Lehmann, P., Lewandowski, J., Matthies, T., Merz, N., . . . & Zehnter, L. (2021):** Manifesto Corpus. Distributor: WZB Berlin Social Science Center 2021. Berlin.
- Frimer, J., Haidt, J., Graham, J., Dehgani, M., & Boghrati, R. (2017):** Moral Foundations Dictionaries for Linguistic Analyses, 2.0. Online unter: <http://www.jeremyfrimer.com/uploads/2/1/2/7/21278832/summary.pdf>.
- Gilchrist, A. L., Cowan, N., & Naveh-Benjamin, M. (2008):** Working memory capacity for spoken sentences decreases with adult ageing: Recall of fewer but not smaller chunks in older adults. *MEMORY*, 16(7), 773–787.
- Guinaudeau, I. (2015):** Documentation on the Coding of German Manifestos.
- Hopp, F. R., Fisher, J. T., Cornell, D., Huskey, R., & Weber, R. (2021):** The extended Moral Foundations Dictionary (eMFD): Development and applications of a crowd-sourced approach to extracting moral intuitions from text. *Behavior Research Methods*, 53, 232–246.
- Knutsen, O. (2018):** Social Structure, Value Orientations and Party Choice in Western Europe. Cham: Springer.
- Oesch, D. (2006):** Redrawing the class map: stratification and institutions in Britain, Germany, Sweden, and Switzerland. Basingstoke: Palgrave Macmillan.
- Oesch, D. (2022):** Scripts for Social Class.
- Proksch, S.-O., Lowe, W., Wäckerle, J., & Soroka, S. (2019):** Multilingual Sentiment Analysis: A New Approach to Measuring Conflict in Legislative Speeches. *Legislative Studies Quarterly*, 44(1), 97–131.
- Reiter-Haas, M., Kopeinik, S., & Lex, E. (2021):** Studying Moral-based Differences in the Framing of Political Tweets. *Proceedings of the International AAAI Conference on Web and Social Media*, 15, 1085–1089.
- Rennwald, L. (2020):** Social Democratic Parties and the Working Class New Voting Patterns. Cham: Palgrave Macmillan.
- Thau, M. (2018):** The Demobilization of Class Politics in Denmark: The Social Democratic Party's Group-Based Appeals 1961–2004. *World Political Science*, 14(2), 169–188.
- Thau, M. (2019):** How Political Parties Use Group-Based Appeals: Evidence from Britain 1964–2015. *Political Studies*, 67(1), 63–82.
- Toulmin, S. (2003):** The Uses of Argument. New York: Cambridge University Press.
- Trump, K.-S. (2017):** Income Inequality Influences Perceptions of Legitimate Income Differences. *British Journal of Political Science*, 48, 929–952.
- Trump, K.-S. (2020):** When and why is economic inequality seen as fair. *Current Opinion in Behavioral Sciences*, 34, 46–51.
- Van den Noort, M., Bosch, P., Haverkort, M., & Hugdahl, K. (2008):** A Standard Computerized Version of the Reading Span Test in Different Languages. *European Journal of Psychological Assessment*, 24(1), 35–42.
- Vössing, K. (2020):** The Quality of Political Information. *Political Studies Review*, 19(4), 574–590.

WEITERE VERÖFFENTLICHUNGEN DER FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG

Milieuperspektiven.

→ Eine kritische Diskussion der Erklärungskraft aktueller Milieustudien. Berlin, 2022

Stabiles Potenzial – schwankende Ausschöpfung.

→ Auswertung der SPD-Wahlergebnisse 1998, 2017 und 2021. Berlin, 2022

Zurück in die Zukunft?

→ Gesellschaftliche Vorstellungen für eine Politik nach der Pandemie. Bonn, 2022

Die Übergangenen. Strukturschwach & erfahrungsstark

→ Zur Bedeutung regionaler Perspektiven für die Große Transformation. Bonn, 2022

Gesellschaft im Corona-Stresstest.

→ Sorgen und Hoffnungen in Zeiten der Pandemie. Berlin, 2022

Deutschland auf dem Weg zur Erbgengesellschaft.

→ Wie Erbschaften und Schenkungen gegen Prinzipien der Gerechtigkeit verstoßen und unsere Demokratie gefährden. Bonn, 2022

Volltexte und weitere Publikationen der Friedrich-Ebert-Stiftung unter
www.fes.de/publikationen



Impressum

© 2022

Friedrich-Ebert-Stiftung

Herausgeberin: Abteilung Analyse, Planung und Beratung

Godesberger Allee 149, 53175 Bonn

Fax 0228 883 9205

www.fes.de/apb

apb-publikation@fes.de

ISBN: 978-3-98628-272-1

Titelbild: Adrienne Rusch/Die.Projektoren

Gestaltungskonzept: www.leitwerk.com

Umsetzung/Satz: Adrienne Rusch/Die.Projektoren.de, Berlin

Druck: Hausdruckerei, Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn

→ Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung. Eine gewerbliche Nutzung der von der FES herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet. Publikationen der Friedrich-Ebert-Stiftung dürfen nicht für Wahlkampfw Zwecke verwendet werden.



Der Bericht zeigt anhand des Beispiels der SPD, dass sich sozialdemokratische Parteien noch stärker von Sozialkompromissparteien zu Werteparteien entwickeln müssen, um Wähler_innen zu mobilisieren. Das alte Erfolgsrezept der Sozialkompromisspartei bestand darin, Wähler_innen auf der Grundlage ihrer Klassenzugehörigkeit anzusprechen und Wahlen mit einer Koalition der so angesprochenen sozialen Gruppen zu gewinnen. Wir zeigen in unserem Bericht, dass der Einfluss der sozialen Klasse auf das Wahlverhalten deutlich abgenommen hat, während der Einfluss von Werten gestiegen ist. Der Wandel zur Wertepartei, insbesondere durch eine wertebasierte Kommunikation, wäre die folgerichtige Antwort auf diesen Wandel. Unsere Analyse von Wahlprogrammen der im Bundestag vertretenen Parteien von 1949 bis heute zeigt jedoch, dass ein solcher Wandel zur Wertepartei nicht stattgefunden hat. Die politische Kommunikation in Deutschland ist über die Jahrzehnte hinweg bemerkenswert stabil geblieben. So kommuniziert die SPD weiterhin wie eine Sozialkompromisspartei, die sich auf die Ansprache sozialer Gruppen konzentriert. Trotz der zunehmenden Bedeutung von Werten fürs Wahlverhalten ist der Umfang der wertebasierten Kommunikation insgesamt nicht gestiegen. Ganz im Gegenteil. Die Parteiprogramme von SPD und CDU aus dem 21. Jahrhundert unterscheiden sich im Hinblick auf die relative Bedeutung von Werteansprache und Gruppenansprache kaum von den Programmen aus der Hochphase sozialdemokratischer Wahlerfolge zwischen 1969 und 1990. Nur bei den Grünen und der AfD ist eine deutliche Zunahme wertebasierter Begründungen zu beobachten.

ISBN 978-3-98628-272-1

**FRIEDRICH
EBERT** 
STIFTUNG